

Volksmacht

Einzelgenosse:
 Die monatliche Ausgabe . . . 1.00
 Die vierteljährliche Ausgabe . . . 3.00
 Die halbjährliche Ausgabe . . . 5.50
 Die jährliche Ausgabe . . . 10.00
 Bei Wiederholungen Rabatt.
 Inserate müssen zwei Tage vor Erscheinen
 der Zeitung in unseren Händen sein.

**Die Volksmacht erscheint wöchentlich mit
 Ausnahme der Sonn- und Feiertage.**
Bezugspreise:
 In Danzig durch unsere Zweig-
 stellen . . . monatlich 1.00
 . . . vierteljährlich 3.00
 . . . halbjährlich 5.50
 . . . jährlich 10.00
 Durch die Post bezogen außerdem
 nach Postgebühren monatlich 16.
 Postfachkonto Danzig Nr. 2945.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition: Paradiesgasse Nr. 32
 Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften
 Telephon für Redaktion und Expedition 3290

Nr. 29 Danzig, Mittwoch, den 5. Februar 1919 10. Jahrgang

Die Verhandlungen der Nationalversammlung beginnen.

Auf dem Weg nach Weimar.

Weimar rückt sich, Städte eines Schauplatz zu werden, wie es in seinen Mauern noch nicht erlebt worden ist. Der Schein der Weltgeschichte ist in blühender Verklärung über seine Pflanze gewandert, jetzt aber tritt das wirkliche Sein der Weltgeschichte in den Rahmen der alten klassischen Kunststätte.

Was wird in Weimar? Dort beginnt einer der bedeutendsten Abschnitte in der Geschichte unseres Volkes, das weiß jedermann. Und jedermann möchte auch gerne den Schiel der Geschichte durchdringen, der uns die nächste Zukunft von Weimar verhält. Wird die Nationalversammlung einen ungestörten Verlauf nehmen? Wie lange wird sie dauern? Wie wird sich unter ihrem Einfluß die Regierung gestalten? Welche Beschlüsse wird sie selber fassen? Auf alle diese Fragen kann auch der erfahrene Politiker keine andere Antworten geben, als solche, die auf einer Wahrscheinlichkeitsrechnung aufgebaut sind. Und wie leicht kann man sich verrechnen! Das Unvorhergesehene bleibt doch immer eine der stärksten Mächte im Schicksal der Menschen wie der Völker.

Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß die Weimarer Tagung ersten Störungen nicht ausgesetzt sein wird. Es mag sein, daß der spartakistische Blutwahnsturm neue Forderungen stellt, aber niemand, der die Machtverhältnisse nüchtern abschätzt, denkt daran, daß eine erste Störung der Nationalversammlung mäßig wäre. Für den äußersten Fall muß das ganze deutsche Volk zum Schutz seiner rechtmäßigen Vertretung bereit sein.

Die Nationalversammlung wird am Donnerstag mit einer Rede Eberts eröffnet werden. Dann wird sie sich konstituieren und unter Leitung des ältesten ihrer Mitglieder, des Alterspräsidenten, ein Präsidium wählen. Inzwischen werden sich die Fraktionen konstituieren und einen Vorkonvent bilden, der mit dem Präsidium gemeinsam die Tagesordnung des Hauses festsetzt. Für Beratunghoff sorgen die Vorlagen der Regierung und die Initiativentwürfe aus dem Hause. Ueber die ersten notwendigen Regelungen werden voraussichtlich die letzten drei Tage dieser Woche vergehen, und am Anfang der nächsten Woche dürfte die Nationalversammlung in ihre eigentlichen Arbeiten eintreten.

Sie werden eröffnet werden mit einem Nebenbeschäftigten der bisherigen Regierung, den Scheidemann erlassen wird. Ihm wird sich voraussichtlich die erste politische Debatte des Hauses anschließen. Im übrigen ist es, soweit bisher bekannt, die Absicht der großen Parteien, das hohe Niveau der Arbeit einzuschränken und solche sachliche Arbeit zu leisten. Volkstümlichkeit des Hauses sollen nur angeordnet werden, wenn zur Beschlußfassung reifer Veranlassung vorliegt, im übrigen soll das Schwergewicht der Beratungen in die Ausschüsse verlagert werden, über deren Verhandlungen, wie aus den früheren Reichstagsbeschlüssen, in der Presse berichtet werden soll.

Den wichtigsten Gegenstand dieser Verhandlungen wird natürlich die Verfassung der Deutschen Republik bilden. Ob es schon in den ersten Tagen zur en bloc-Akzeptanz einer provisorischen Verfassung kommen wird, die bis zum Inkrafttreten der endgültigen Verfassung gelten soll, steht noch dahin, es ist aber zu erhoffen. Für diesen Fall würde sehr bald von der Nationalversammlung ein Präsident der Deutschen Republik gewählt werden, der das Reich nach außen hin zu vertreten und die Regierung zu ernennen hätte. Als Oberhaupt eines konstitutionellen Staates wird der Präsident diese Ernennung im Einvernehmen mit den Führern der Parteien vollziehen. Das Ziel ist die Bildung einer Regierung, die sich auf die Mehrheit der Nationalversammlung stützen kann. Eine Regierung, die eine solche Mehrheit nicht hinter sich hätte, müßte entweder als Ganzes abtreten oder aber sich so umstellen, daß sie über eine Mehrheit verfügen kann.

Eine an die Bestimmtheit grenzende Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß eine sozialdemokratische Regierung gebildet werden wird, die sich dann auf eine sehr große Mehrheit des Hauses stützen kann. Diese Mehrheit arbeitstüchtig zu erhalten und sie so zu erhalten, daß bei dem Aufbau der neuen Verfassung das reine republikanisch-demokratische Prinzip zur Geltung kommen kann, wird eine der wichtigsten Aufgaben der sozialdemokratischen Fraktion sein.

Gewiß ist es tief zu bedauern, daß im ersten Anlauf eine rein sozialdemokratische Mehrheit noch nicht erreicht werden konnte. Aber über die unerlässlichen politischen Konsequenzen zu klagen, die sich daraus ergeben, haben die Parteien am allerwenigsten das Recht, die durch ihre Zerplitterungsarbeit für diesmal noch das Zukunftsbild einer rein sozialdemokratischen Mehrheit verhindert haben. Das Unaltd, das dadurch entstanden ist, ist aber vielleicht nicht so groß, wie es manchmal auf den ersten Blick erscheint. In den Gemeinden und den Einzelstaaten, in denen eine sozialdemokratische Mehrheit vorhanden ist, wird für die praktische Arbeit des Sozialismus von vorneherein die Bahn frei sein. Im Weiche aber wird die bittere Not der Zeit schon ganz von selber dafür sorgen, daß sich die Tendenz zur Sozialisierung gegen alle Behinderungen, den Privatkapitalismus wieder in den Sattel zu heben, durchsetzt.

Die sozialdemokratische Partei wird als nicht

der Nationalversammlung und bei ihr zu bilden, den Wehrheit einen gewaltigen Einfluß besitzen, und vor Aufgaben von unabweisbarer Verantwortung gestellt sein, deren Lösung nicht bloß sicheres Zielbedeutung, sondern auch ebensoviel Umficht und taktisches Geschick erfordert. So soll es, so wird es nach unserer festen Überzeugung gelingen, aus dem Trümmerhaufen, den uns das alte Regime hinterlassen hat, ein neues Deutschland staatsbürgerlicher Freiheit und wachsender sozialer Wohlfahrt aufzubauen.

Der neue Abschnitt der deutschen Geschichte steht im Zeichen der Sozialdemokratie und im Zeichen von Weimar. Beide vertrauen sich sehr auf miteinander. In Weimar ist vor anderthalb Jahrhunderten das klassische Ideal menschlichen Selbstbestrebens hoch aufgerichtet worden. Nun soll, wovon die edelsten Geister unseres Volkes träumten, hat den zukunftbar geschichtlichen Erfahrungen im schrittweisen Aufbau zur Wirklichkeit gemacht werden durch die deutsche Arbeiterklasse. Die Prophezelung des jungen Marx, daß das deutsche Proletariat berufen sei, die großen Ideen des klassischen Weltalters zu verwirklichen, nähert sich der Erfüllung.

Der Arbeitsplan.

Den Präsidenten hat nach parlamentarischem Brauch die Sozialdemokratie zu stellen. Ein Ausschuss für die Revision der Geschäftsordnung wird sofort die Arbeiten beginnen. Die dringendsten und unauflösbaren Vorlagen sind ein Finanzgesetz für die Regierung, das ihr einen vorläufigen Kredit einräumen und für die seit dem 9. November erforderlich gewordenen außerordentlichen Ausgaben Annehmlichkeit erteilt, sodann die Rotverfassung, deren Beratung Scheidemann mit einem politischen Exposé einleiten wird, während Preuß der Entwurf selbst begründet. In der sozialdemokratischen Fraktion trat die Auffassung auf, daß es nicht wünschenswert sei, sofort in große politische Debatten einzutreten, sondern daß zuerst so schnell wie möglich der Kredit und die Rotverfassung geschaffen werden müßten.

Die sozialdemokratische Fraktion

trat gestern mittag im Weimarer Volkshaus zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Ebert als Vorsitzender sprach seine Freude darüber aus, daß die Sozialdemokratie als weitaus stärkste Fraktion in die Nationalversammlung einziehe. Ebert teilte weiter mit, daß unmittelbar nach dem 16. Februar, sobald die Wahlen in Deutsch-Vestfalen vollzogen sind, eine Delegation der sozialdemokratischen Fraktion sich zur Teilnahme an den Fraktionsverhandlungen einfinden wird.

Die erste Sitzung.

der Nationalversammlung am Donnerstag beginnt um 3 Uhr. Sie wird durch eine Ansprache Eberts eingeleitet. Darauf folgt die Übernahme des Alterspräsidenten voraussichtlich durch Pfannkuch, sodann die Verlesung der Namenliste, hierauf die Vertagung. Heute dürfte die Reichsregierung bereits mit dem Vorkonvent Sühlna nehmen.

Die Präsidentenfrage.

Unter der Namen, die für den ersten Präsidenten genannt werden, treten, so schreibt die „Post, Bzg.“, besonders Volksgang Feine und Pöhl-Breslan hervor. Zentrum und Demokraten halten heute ihre Fraktionsberatungen ab. Von deren Ergebnis wird es abhängen, ob ein großes Koalitionskabinett von 14 bis 16 Personen gebildet wird, oder ob nur Sozialdemokraten und Demokraten sich zusammenschließen. Im letzteren Falle denkt man in sozialdemokratischen Kreisen, daß Ebert zum provisorischen Reichspräsidenten ernannt wird. Ein politisches Kabinett im bisherigen Sinne würde nicht mehr gebildet werden, sondern ein Reichsministerium, in dem von den bisherigen Mitgliedern Graf Brockdorff, Preuß und Schiffer verbleiben würden. Landeberg würde das Justizministerium übernehmen, Wiffel an Stelle Mühlens das Reichspostamt, Kaste das Reichsfinanzamt und Scheidemann als Staatssekretär ohne Portefeuille den Vorsitz im Kabinett führen. Wurm solle das Reichsernährungsamt beibehalten.

Der Zentralrat

der Arbeiter- und Soldatenräte erläßt an die Nationalversammlung diese Kundgebung:
 1. Die politische und wirtschaftliche Entwicklung des Deutschen Reiches hat schon vor der Revolution das ökonomische Bedürfnis erkennen lassen, das Reich zu einem Einheitsstaat umzugestalten.
 2. Die Revolution der Arbeiter und Soldaten hat dieses Bedürfnis in vollem Umfang bejaht und die Beteiligung aller staatlichen Vermögen für die politische, wirtschaftliche und soziale Erneuerung und Aufhebung der Deutschen Revolution als eine ihrer wichtigsten Aufgaben erklärt, nachdem die reaktionäre Vorherrschaft beseitigt worden ist.
 3. Die planvolle Verwertung der revolutionären Organisationskräfte (Arbeiter- und Soldatenräte) bei der endgültigen Gestaltung der sozialen Republik als einheitsstaatliche Kräfte für den geplanten Neuaufbau Deutschlands hat die Richtung auf den Einheitsstaat ebenfalls zur unbedingten Voraussetzung.
 4. Die politische und wirtschaftliche Entwicklung des Deutschen Reiches hat schon vor der Revolution das ökonomische Bedürfnis erkennen lassen, das Reich zu einem Einheitsstaat umzugestalten.
 5. Die Revolution der Arbeiter und Soldaten hat dieses Bedürfnis in vollem Umfang bejaht und die Beteiligung aller staatlichen Vermögen für die politische, wirtschaftliche und soziale Erneuerung und Aufhebung der Deutschen Revolution als eine ihrer wichtigsten Aufgaben erklärt, nachdem die reaktionäre Vorherrschaft beseitigt worden ist.
 6. Die planvolle Verwertung der revolutionären Organisationskräfte (Arbeiter- und Soldatenräte) bei der endgültigen Gestaltung der sozialen Republik als einheitsstaatliche Kräfte für den geplanten Neuaufbau Deutschlands hat die Richtung auf den Einheitsstaat ebenfalls zur unbedingten Voraussetzung.

4. Neuerdings erheben die früheren Bundesstaaten, die letzten Freistaaten, wiederum so starke Ansprüche auf einzelstaatliche Selbstrechte in den neuen Republik, und zwar nicht nur für die vorläufige, sondern auch für die endgültige Reichsverfassung, daß die Entwicklung zum Einheitsstaat ernstlich gefährdet erscheint und die Möglichkeit rascher Erholung von den Schlägen des Weltkrieges und des wahrheitsgemäßen Friedensvertrages durch einzelstaatliche Zerplitterung verhindert zu werden droht.
 5. Neben der Eingliederung der Arbeiter- und Soldatenräte in die klassische Reichsverfassung zur Verwirklichung der Arbeitervertretung und ihrer Produktionsinteressen, sowie zur vollständigen Bekämpfung des Wehrwesens erscheint es deshalb zunächst als die wichtigste Aufgabe der Arbeiter- und Soldatenräte, insbesondere der sozialdemokratischen Reichsleitung, einheitsstaatliche Selbstrechte, die über die Geltendmachung landesmännlicher Selbstverwaltung und Kulturinteressen hinausgehen, auf das entscheidende zu bekämpfen und alle Kraft dafür einzusetzen, daß die Verfassungsarbeit in Weimar die bestmögliche Richtung auf den deutschen Einheitsstaat nimmt.
 6. Der Reichsnationalversammlung liegt es ob, den Neuaufbau Deutschlands in politischer und wirtschaftlicher Beziehung vorzubereiten, sowie die territorialen Neuabgrenzungen des ganzen deutschen Gebietes vorzunehmen. Sie darf darin von keiner anderen Körperschaft, insbesondere nicht von den Landesnationalversammlungen, behindert werden.
 7. In der Erwartung, daß die Nationalversammlung ihre volle Souveränität durchführt, legt der Zentralrat die ihm vom Reichsnationalrat der A. und S. übertragene Gewalt in die Hände der Nationalversammlung und wünscht ihren Arbeiten höchsten Erfolg zum Glück und zum Heile des gesamten deutschen Volkes und aller im neuen Deutschen Reich vereinigten deutschen Stämme.
 8. Der Zentralrat wird die ihm übertragenen Resnanzen, insbesondere die ihm durch das neue Gesetz betr. Regelung der Kommandogewalt übermieten Stellung als oberste Verwaltungsstelle für die Soldatenräte so lange ausüben, bis die Nationalversammlung diese Resnanzen einer anderen Körperschaft übertragen hat.

Spartakistisches.

Magdeburg.
 In der Nacht zum Dienstag begann eine etwa 80 Mann zählende bewaffnete Rote in Soldatenuniform in Magdeburg schwere Ausschreitungen. Die Männer besetzten durch eine Anzahl von

Bandenangehörigen im Justizpalast 160 Gefangene, raubten das Gebäude aus und plünderen dann auf dem Breiten Weg zahlreiche Päden nach Einschlagen der Hausen. Die Raubere waren mit geschlozener Munition versehen. Sie gaben zahlreiche Schredschüsse ab, doch scheint niemand verletzt zu sein. Es gelang, mehrere Beizelle, darunter Schwerkerecher, zu verhaften. Einer führte einen von Gahorn ausgetheilten Reisepaß mit sich.
 Gotha.
 Die Kommunisten in Gotha haben Dienstag einen Putsch gegen Weimar versucht, um das Zusammenbrechen der Nationalversammlung in Weimar zu verhindern. Am Morgen bereits wurden Truppen und bewaffnete Arbeiter aufboten, der Putsch wurde verhindert, die Spartakisten kamen nur bis Erfurt. Anschließend ist der Plan, das Zusammenbrechen der Nationalversammlung zu verhindern, noch nicht aufgegeben. Am Gothaer Bahnhof befinden sich bewaffnete Arbeiter, die jeden Truppenzug anhalten lassen.

In Bremen wird geschossen!

Nach Abschluß der Berliner Tragödie haben wir der Postung Ausdruck, daß das letzte Mal Arbeiterblut geflossen sein möge. Leider ist es anders gekommen. Auch in Bremen knallen die Gewehre und lauten die Geschosse durch die Luft, die in 1/2 Kriegsjahren doch wahrlich genug Unheil angerichtet, Jammer und Elend in Ueberfülle gezeugt haben.

Die Kämpfe.

Bremen, 4. Febr. (B. T. W.) Bereits im Laufe des letzten Nachmittags und Abends nahmen die Vorkämpfer im Landgebiet und am Rande der Stadt an Umiana zu. Es kam schließlich zu lebhaften Kämpfen, in denen laut Mitteilungen der Stadtkommandantur Bremen 7 Tote auf Seiten der Bremer und 12 Tote auf Seiten der Division Gerkenberg erlitten wurden. Die Zahl der Verwundeten soll auf beiden Seiten etwa 40 betragen. Seit heute früh letzte der Angriff mit allen Mitteln moderner Kriegstechnik ein. Die Arbeiter schickte sich hartnäckig. Starke Geschütze, Panzer und lebhafte Maschinengewehre rufen durch die Stadt. Die Straßen und Plätze um das Rathaus herum sind besetzt, wodurch auch der Straßenverkehr teilweise unterbrochen wird. In der übrigen Stadt läuft der Verkehr relativ gut bis auf die Zugangstraßen der Stadt, wo die bewaffneten Arbeitertruppen sich den vorrückenden Regierungstruppen entgegenstellen. Am neuen Rathaus ist das rote Kreuz untergebracht. Mehrere Granaten schlagen in unmittelbarer Nähe

Unerhörte Forderungen der Agrarier!

Der Zuder ist noch nicht teuer genug.

In der „Deutschen Tageszeitung“ wird mit ganzer Zungenkraft nach höheren Preisen für die Zudererüben gefordert. Der Preis ist von rund 1 Mk. für den Zentner vor dem Siege bis auf 2 Mk. im vorigen Jahre gestiegen. Jetzt werden fünf Mark, sage und schreibe fünf Mark für den Zentner gefordert. Beherrschend war nie die Stärke agrarischer Elemente.
 Und womit wird diese ungeheuerliche Forderung begründet? Mit der Arbeiterfrage. Es mangle auf dem Lande an Arbeitskräften. Hierorts kein nicht einmal mehr so viel Leute da, um das Vieh genügend zu füttern, geschweige denn den Anbau der Rüben zu betreiben. Die Arbeiterfrage in erster Linie bedingt nach eigener Berechnung der Vereinigung zur Erhebung des Zudererübenpreises eine Erhöhung des Zudererübenpreises auf fünf Mark für den Zentner. Dieser Preis müßte sofort bekanntgemacht werden, damit die Landwirte durch den hohen Preis angereizt werden, mehr Zudererüben anzubauen.

200 Mark und die für Stallmist einschl. Anjauch, Gaden und Steuern“ von 57 auf 197 Mark gehoben sind? Diese Angaben sind ja weiter nichts als agrarische Jongleurkunststücke.
 Und die Arbeiterfrage! Gewiß, sie ist die die Grobbedriebe eine brennende. Aber die höheren Zuderpreise werden doch nicht verwendet werden um durch Angebot von höheren Löhnen Arbeitsträger für das Land zu gewinnen. Die Arbeiterfrage, der Leutenmangel war bisher immer ein Vorwand, hinter dem stets der agrarische Pöbel sich hervorgabte, und ist es auch diesmal. Auch ohne Erhöhung der Zudererübenpreise sind die Zudererübenbauer, sofern sie fremde Arbeitskräfte beschäftigen, in der Lage, bedeutend höhere Löhne als bisher zahlen zu können. Trotz der bisher erhöhten Preise werden auch heute noch auf den Gütern immer höhere Löhne an die Arbeiter gezahlt. Und eine abermalige Preissteigerung für die Zudererüben würde daran nichts ändern. Die Gutsherrn- und Bäcker zahlen nur höhere Löhne, wenn sie durch den Arbeitermangel dazu gezwungen werden.

Nicht um agrarische Bewunderung der Zudererbräucher handelt es sich bei dem Wechren. Bewahre, einzig das Interesse der Zudererbräucher liegt den harten Leuten am Herzen. Ohne diese Preissteigerung würde, so argumentieren sie läßt, der Zudererübenbau sich überhaupt nicht mehr lohnen. Seien das die Unkosten pro Morgen für 1919 auf 564 Mark geliegen gegen 165 Mark im Jahre 1914 bei einer Ernte von voraussichtlich 100 bis 120 Zentner für den Morgen. Also selbst bei einem Preise von fünf Mark für den Zentner würde der Rübenbau sich kaum lohnen. Ich und tritt dann noch die geplante achtstündige Arbeitszeit ein, dann wird eine weitere Verteuerung um mehr als ein Drittel eintreten. Dieses Opfer wollen aber die Agrarier, opferfreudig wie sie nun einmal sind, wenigstens vorläufig mit n den Kauf nehmen.
 Es ist eine widerliche Heuchelei, die Interesse der Zudererbräucher voranzutreiben, während es sich in Wirklichkeit nur um die Wahrnehmung der agrarischen Interessen handelt. Die zahlenmäßige Angabe der zu verwendenden Unkosten ist eine rein willkürliche. Wenn will man glauben machen, daß die Steuern, Löhne und Ausgaben“ von 7 auf 23 Mark

Die übermaltige Preissteigerung für die Zudererüben würde nicht nur den Anbau von Zudererüben nicht fördern, würde nicht nur den Arbeitern in der Landwirtschaft nichts nützen, sondern nur die Taschen der Agrarier noch mehr füllen auf Kosten der Zudererbräucher; denn die Erhöhung des Preises für die Zudererüben würde eine Erhöhung des Preises für Zuder auf dem Fuße folgen. Und überdies würden die Agrarier unter Hinweis auf den geringen Preis für die Zudererüben fordern, daß auch der Preis für andere landwirtschaftliche Erzeugnisse „anacemissen“ erhöht werde. Die Schraube ohne Ende. Was wir im Interesse des deutschen Volkes verlangen müssen, ist nicht eine weitere Preissteigerung, sondern ein unverzüglich in Agrarier zu nehmen der Abbau der Preise. Da das agrarische unerkennliche Regiment in Preußen und im Reich gefährt ist, ist zu hoffen, daß das ungeheuerliche, nur der nackten Selbstsucht bleibende Geschrei der Agrarier — dem auch unter dem so vorkreudlich klingenden Namen „Berechnung zur Hebung des Zudererbräuchers“ verbergen sich Agrarier vom reihen Wasser — an der neuen Regierung

mit Vollmacht auszusprechen sein. Die Aufsicht...

Gewerkschaftliches.

Die Streikfrage in Österreich. Eine weitere Besserung der Streikfrage ist am...

Die Strafmehr wurde infolge ihres lässlichen...

Politisches.

Aus dem Dreiklassenparlament.

Es wird immer schwieriger, den Vorgesängen in...

für Kinder, 50 Prozent für Dauerarbeiten, Aufhebung...

Die Beauftragten des Volkshausauschusses beim...

Das Verbot der privaten und der gewerblichen...

Die Elektrische, die morgens 6.15 von Odra fährt...

Der Verein Arbeiterjugend trifft sich heute abend...

Volkswirtschaftliches.

Japan sucht Anschluss.

Wie der „Kaiser Anzeiger“ berichtet, ist eine...

Soziales.

Landwirtschaftliches Arbeitsvermittlungsdienst.

Arbeitslosigkeit in Amerika.

Aus New York wird gemeldet, dass die...

Achtstunden in Amerika.

Infolge der allgemeinen Annahme der von den...

Aus Westpreußen.

Landarbeiterlöhne in Danzig-Niederung. Der...

Spotti. Eine Rundabgabe, die den Zweck...

Die Wahl des Oberbürgermeisters vorzunehmen.

Angenommen wurde hier mit 40 von 52 abgegebenen...

Die Wahl des Oberbürgermeisters vorzunehmen.

Bei der Ausdrucksfrage über die drohende Ausbreitung...

Die Wahl des Oberbürgermeisters vorzunehmen.

Lebhaftige Ausdrucksfrage zitierte der erneute Antrag...

Für die Volkswacht

zu werben ist eine Aufgabe, der sich jeder Klassenbewusste...

Als Monier des Sozialismus hat sie unter schon im...

Arbeiter, Angehörige, abonniert dabei und werdet...

Volkswacht.

Politisches.

Die schließliche Volkstammer. Nach den nunmehr endgültig festgestellten...

Die deutsche Reichsregierung hat die Regierung...

Asquith erklärte in einer Versammlung der...

Zur Unterstützung der rumänischen Anleihe...

Parteinachrichten.

Ein neues Bremer Parteiblatt. In einer Versammlung der Bremer Parteigenossen...

in Jugoslawen wurden und endlich mit freudiger...

Der Wille zur Einigkeit.

Ein Wort an die Sozialisten. Genossen! Wie soll ich euch anders...

einander einen Weg emporschauen, waren wir Weggenossen...

Henrik Ibsen als Regisseur.

Der norwegische Dichtergeschichtliche Professor Gerhard...

als die Gesamtheit betrifft; er war ja als Techniker vor...

Amerikanische Todesanzeigen.

Auch im Zeitungsinteresse haben die Amerikaner ihre...

Die Patrioten von Triest.

In „Journal de Debats“ schildert Edward Va-

